

Nicht willkommen

Für Ukrainerinnen sind die Grenzen offen. Andere Flüchtlinge werden geschlagen und zurückgedrängt. Was weiss

Nachdem sie ihm erst ins Gesicht und dann mit Ästen auf den nackten Rücken geschlagen hatten, setzten sie ihn morgens um drei auf einer Sandbank aus, inmitten dieses schlammfarbenen Flusses, wo Europa endet und die Türkei beginnt und wo Karim Jalal vor Kälte und Schmerzen die Besinnung verlor. Und als er aufwachte, konnte er seine geschwellenen Augen kaum öffnen, doch das Rauschen des Evros, das konnte er hören, und er wunderte sich, dass er noch lebte.

Karim Jalal, ein stiller Mann, der zu viel raucht und zu wenig lacht, sitzt in einem Café in Edirne, einer Stadt im Niemandsland zwischen der Türkei, Griechenland und Bulgarien. Auf Fotos zeigt er die Spuren jener Nacht vor einem Jahr, in der ihn Grenzschützer beinahe zu Tode geprügelt haben: Blutergüsse am Rücken, aufgeplatzte Lippen, Quetschungen, gebrochene Rippen.

Jalals Fall, das ist die vielleicht bitterste Erkenntnis nach monatelanger Recherche, ist weder besonders gewaltsam noch aussergewöhnlich. Wer länger in diesem Dreiländereck unterwegs ist und mit den Menschen spricht, die über diesen Fluss nach Europa wollen, der kann ihre Geschichten kaum auseinanderhalten: Hundebisse, Vergewaltigungen, Schädelbrüche. Frauen erzählen, wie sie mit kleinen Kindern nachts in den Fluss geworfen werden; Männer berichten, dass man sie zwingt, sich ihre Zigaretten in den Mund zu stopfen.

Menschen verschwinden, erfrieren und ertrinken.

Leichen statt Welse im Netz

Lange bevor der Krieg in der Ukraine ausbrach, haben wir das Gebiet rund um Edirne, dem Grenzfluss Evros folgend hinab Richtung Thrakisches Meer, über Monate mehrere Male besucht. Wir haben mit türkischen und griechischen Anwohnerinnen gesprochen, mit Anwälten, Ärztinnen, Imamen und Polizisten und haben die Aussagen der Flüchtenden mit Datenbanken von Menschenrechtsorganisationen verglichen.

Bei der Gewalt, von der hier immer wieder die Rede sein wird, handelt es sich nicht um Ausrutscher frustrierter Grenzbeamter, die ihre Fassung verlieren und ab und zu einmal jemandem einen Tritt in den Hintern verpassen. Sie hat System.

So wie die Lager, die auf keiner Karte erscheinen, die fensterlosen Busse, mit denen Menschen wie Jalal zurück ans Ufer gekarrt werden, wo sie von Männern in Sturmhauben und Uniformen ohne Logos gewaltsam zurück auf die andere Seite der Grenze gestossen werden. Aber wer bezahlt für diese ganze Infrastruktur? Wir?

Ist das der Preis für die tiefen Asylzahlen in Ländern wie der Schweiz? Sind Hundebisse und Schädelbrüche das notwendige Übel, schliesslich wären alle die flüchtenden Menschen sonst in unseren Städten und Schulen und Pendlerzügen?

Das Menschenrechtsnetzwerk Border Violence Monitoring Network (BVMN), das die Vorgänge an der EU-Grenze untersucht, schrieb in seinem Bericht 2020, dass 89 Prozent aller Flüchtenden in der Evros-Region Gewalt erleben. In ihrem neusten, noch unveröffentlichten Bericht sind es bereits 98 Prozent.

Mindestens siebzehn Menschen starben im letzten Jahr an dieser 150 Kilometer langen Grenze zwischen Griechenland und der Türkei. 39 wurden als vermisst gemeldet.

Während Europa in diesen Wochen in Solidarität zusammensteht, die Grenzen für Ukrainerinnen und Ukrainer öffnet, «werden alle anderen auf grausamste Weise davor abgehalten, in Europa Asyl zu beantragen», heisst es in einem Kommentar von Human Rights Watch.

Gelten die Rechte auf Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und menschliche Würde nicht für alle? Wieso erhalten Familien aus Mariupol in der Schweiz einen S-Status, dürfen in die Schule und zur Arbeit und umsonst auf den Zug, Familien aus Aleppo aber wird das Recht auf einen Asylantrag verweigert – sind es nicht die gleichen russischen Bomben, vor denen sie fliehen?

Wir können nicht alle hineinlassen, wird sich der eine oder andere nun denken. Es sind bereits so viele hier, heisst es, die Ukrainer seien uns kulturell eben näher. Aber warum diese Gewalt? Warum die Leichen, die den griechischen Fischern, die im Evros nach Welsen angeln, in die Netze gehen, wie Medien berichten?

Zurück zu Karim.

Pushbacks in der Schweiz

Karim Jalal, geboren in einem Ziegendorf in den marokkanischen Anden, hat bereits elfmal versucht, im Norden der Türkei nach Europa zu gelangen. Es sei die Route für die ganz Armen, heisst es, für diejenigen, die sich keine teuren Schlepper und keine Boote übers Meer leisten können. Jalal versuchte es erst über Bulgarien, dann über Griechenland. Einmal kletterte er über den Stahlzaun, den die EU errichtete, 40 Kilometer lang, fünf Meter hoch, und schnitt sich Hände und Füsse am Stacheldraht auf; ein andermal schlich er sich über die grüne Grenze. Bei jedem Versuch wurde er erwischt, noch bevor er Asyl beantragen konnte, und irgendwann in der Nacht gemeinsam mit anderen zurück in die Türkei gebracht.

Als sogenannte Pushbacks bezeichnet man die kollektive Abschiebung flüchtender Menschen, ohne dass ihr Asylantrag geprüft würde, sie verstossen gleich gegen mehrere internationale Grundrechte: das Recht auf ein Asylverfahren, das in der Genfer Flüchtlingskonvention festgelegte Prinzip der Nichtzurückweisung sowie gegen die Europäische Menschenrechtskonvention Artikel 18 und 19.

Juristisch gesehen ist die Sache simpel: Die irreguläre Migration ist nicht kriminell, Menschen dürfen Grenzen überqueren, um in Europa einen Asylantrag zu stellen; die gewaltsame Rückschaffung ohne Verfahren hingegen schon.

An der gesamten EU-Aussengrenze gehören Pushbacks seit wenigen Jahren zum Alltag von Grenzbeamten. Sie wurden von zahlreichen Journalistinnen und Organisationen dokumentiert, vom Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR, von Amnesty International und Human Rights Watch. Die wohl umfangreichste Sammlung von Zeugenaussagen veröffentlichte Border Violence Monitoring in zwei Büchern, in denen Tausende von Fällen dokumentiert sind. Auch die Schweiz kennt Pushbacks: Bekannt sind Fälle von Minderjährigen, die in Chiasso aufgegriffen und ohne Verfahren nach Como abgeschoben wurden, so steht es in einem Bericht der Organisation European Council on Refugees and Exiles.

Nirgends aber ist so viel Gewalt im Spiel wie in Griechenland, heisst es im Bericht von BVMN. In der Ägäis werden Menschen, die es auf die griechischen Inseln schaffen, ins offene Meer zurückgestossen, ihre Boote werden durchlöchert, ihre Motoren ins Wasser geschmissen, darüber berichtete schon das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» gemeinsam mit der Organisation Lighthouse Reports.

Die Landesgrenze im Norden der Türkei hingegen ist so etwas wie Europas toter Winkel. Es gibt zwar detaillierte Augenzeugenberichte, das Border Violence Monitoring Network hat sie akribisch gesammelt und die Aussagen mit genauen Koordinaten versehen, mit Fotos von Verletzungen.

Was hingegen fehlt, ist eindeutiges Videomaterial, das ihre Aussagen stützt. Oder anders gesagt: Grundrechtsverletzungen durch europäische Grenzschützer sind durch Aussagen von Flüchtlingen gestützt – aber kaum durch Videobeweise, was damit zu tun hat, dass den Flüchtlingen die Handys abgenommen werden, sobald man sie fasst.

Zudem ist die Landesgrenze zwischen der Türkei und Griechenland militärisches Sperrgebiet, was die Recherche erschwert, wie wir am eigenen Leib feststellen mussten:

Es ist Anfang März, die Strassen sind matschig, stundenlang sind wir schon in den türkischen Grenzidyllen entlang des Flusses unterwegs, hören uns die Geschichten der Anwohner bei viel zu süssem Chai an, treffen eine Gruppe Syrer mit blauen Flecken an den Beinen, die eben von griechischen Beamten zurückgeschafft wurden, der Lehm der Uferböschung klebt noch an ihren nackten Füssen.

In der Dämmerung des frühen Abends fahren wir auf einem Landweg, keine hundert Meter vom Fluss entfernt, als wir auf eine



Spuren der Gewalt: Flüchtlinge am Evros-Ufer, nachdem sie von griechischen Beamten zurück in die Türkei geschoben wurden. (Türkei, 5. März 2020)

Gruppe von fünfzig Flüchtlingen stossen, die auf die andere Seite wollen. Beim Versuch, mit ihnen zu reden, werden wir vom türkischen Militär verhaftet, an der Arbeit gehindert und in die Kaserne gebracht. Ein Staatsanwalt verhört uns morgens um drei, wirft uns Spionage vor und droht mit fünf Jahren Gefängnis.

Es gibt wohl wenige Landstriche in Europa, die derart überwacht und kontrolliert werden wie die Ufer dieses Flusses. Die EU steckt Millionen von Euro in den Zaun, in Schallkanonen, Bewegungssensoren, Drohnen, Zepplin-Ballone, die nicht nur die Beamten vor Ort in Griechenland mit Live-Bildern ausstatten, sondern auch die Mitarbeiter von Frontex, der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache, in deren Hauptquartier in Warschau man jeden Grashalm am Evros-Ufer sieht, der im Wind zittert.

Männer in Sturmhauben

Frontex ist seit Jahren präsent in dieser Region. Erstmals entsandte die Grenzschutzbehörde 2010 eine Mission mit 175 Personen, die den Auftrag erhielten, die lokalen Beamten zu unterstützen. Mitten in der Pandemie, im Jahr 2020, stockte Frontex am Evros nochmals um 100 Mitarbeiter aus 22 verschiedenen Staaten auf.

Auch die Schweiz schickt Grenzschützer sowie Hunde an diesen Fluss. Unter griechischer Leitung arbeiten und leben die international gemischten Teams während mehrerer Monate eng zusammen.

Was haben Schweizer Grenzschützer bei ihren Einsätzen erlebt? Was haben sie berichtet? Was bemängelt?

Diese Fragen sind derzeit besonders relevant, da die Schweiz Mitte Mai über die Aufstockung des Frontex-Beitrags von 24 Millionen auf 61 Millionen abstimmt.

Antworten zu erhalten, ist je nachdem sehr einfach oder sehr kompliziert.

Wer offiziell nachfragt, was die Schweiz über massenhafte Pushbacks im Norden der Türkei weiss und ob Frontex diese duldet, erhält vom Bundesamt für Zoll und Grenzschutz (BAZG) eine klare Antwort: nichts. Die Verantwortlichen sagen, dass kein Schweizer Missionsmitglied jemals über Rückschaffungen und weitere Grundrechtsverletzungen berichtet habe, was angesichts der schieren Menge an Meldungen über massiven Gewalteininsatz in dieser Region erstaunt.

Unsere Anfrage, zum Beweis dieser Aussagen Einsatzpläne und Berichte von Schweizer Grenzschützern einsehen zu dürfen, wurde ebenso abgelehnt wie die Einsicht in die Protokolle der Schweizer Vertreterin im Frontex-Verwaltungsrat. Die «NZZ am Sonntag» hat aus diesem Grund, gestützt auf das Öffentlichkeitsrecht, schon vor Monaten ein Verfahren angestrebt, um Einsicht in besagte Dokumente zu erhalten, die vom BAZG zwar vereinzelt zugestellt, aber fast komplett geschwärzt wurden.

Was die Schweizer Grenzschützer nicht berichten, erzählen die Menschen auf der Flucht: So wie Karim Jalal versuchen Hunderte in der frühen Dunkelheit des anbrechenden Abends über die Grenze zu gelangen.

Sie verstecken sich in verlassenem Häusern und kleinen Wäldern, so erzählen sie uns. Sie waten durch den Fluss, wo er nicht zu tief ist, oder nehmen ein Schlauchboot.

en

die Europäische Grenzschutzagentur? Was tut die Schweiz? **Von Sacha Batthyany und Katharina Bracher**



BELAL KHALED/NURPHOTO/GETTY



BELAL KHALED/NURPHOTO/GETTY

Mindestens 17 Menschen starben 2021 an dieser Grenze.



BYRON SMITH/GETTY

Die Grenze im Blick, aber nicht im Griff.



BELAL KHALED/NURPHOTO/GETTY

Ohne Kleidung zurück aus Europa. Flüchtling am Evros.

Manche schaffen es durch das Grenzland Griechenlands, ohne aufgegriffen zu werden, die meisten aber werden von Patrouillen entdeckt, von Drohnen geortet oder von ihrem Handysignal verraten und in Lagern untergebracht, verlassene Autogaragen und Hühnerbatterien, die auf keiner Karte erscheinen.

Wer die Gewalt ausübt, ist schwer zu sagen. Die maskierten Männer tragen keine Logos an ihren Uniformen. Es gibt Flüchtlinge, die aussagen, sie hätten gehört, wie einige Deutsch sprechen, Italienisch, Französisch, was auf Frontex-Mitarbeiter schliessen würde. Aber belegt ist dies nicht.

Wahrscheinlicher ist, dass es sich bei den Schlägertrupps um lokale griechische Beamte handelt, die sich für die Nachtschicht an der Grenze schnell eine Sturmhaube überstülpen, um nicht erkannt zu werden. Das jedenfalls vermuten Menschenrechtsorganisationen und Experten (siehe Interview).

Auf den wenigen Handyvideos sieht man Männer in grünen Camouflagehosen. Sie zwingen die Flüchtenden, ihre Telefone abzugeben, pferchen sie in Zellen, die sich langsam füllen, drei auf vier Meter, eine Toilette.

Spät in der Nacht, so erzählten uns auch Frauen und Kinder, werden sie in fensterlose

Kleintransporter getrieben und ans Ufer gekarrt, wo sie die Schuhe ausziehen müssen, oft auch die Kleider. Sie werden systematisch mit Stöcken und Eisenstangen verdroschen und auf Boote gedrängt, die meist von Afghanen oder Syrern gesteuert werden, die für die Grenzschützer die Drecksarbeit übernehmen – auch das ist gut dokumentiert, etwa in einem neuen Bericht von Human Rights Watch. In der Mitte des Flusses werden sie ins Wasser gestossen, «Yalla-Yalla!», schreit man sie an: Na los, jetzt macht schon!

Im Morgengrauen kriechen sie die Uferböschung hoch, auch Frauen und Kinder, Dutzende, Hunderte, viele nackt bis auf die Unterwäsche, und sie laufen zum ersten Feldweg, wo türkische Taxifahrer, wie Güven Dündar aus dem Grenzdorf Kadidondurma, auf sie warten, um sie zurück nach Edirne oder Istanbul zu fahren, wo die meisten ein paar Monate in Kellern anonymer Wohnblöcke hausen und schwarz in der Textilindustrie arbeiten, um es dann erneut zu versuchen.

Es ist ein Kreislauf, der sich Nacht für Nacht wiederholt, während Europa schläft.

Er habe Mitleid mit diesen Menschen auf der Flucht, sagt Güven, der Taxifahrer, aber sie seien ein gutes Business. Güven zeigt uns sein zweites Handy, mit dem seine Passagiere auf der Rückbank seines Autos ihren Verwandten mitteilen, dass sie noch leben. Und dass sie dringend Geld brauchen.

Komplizen der Gewalt

Manche haben Glück, und es erwischt sie nur ein Fusstritt ins Knie, gebrochene Finger, zertrümmerte Ellbogen. Dies bestätigt nicht nur eine Krankenpflegerin des Spitals in Edirne,

In der Mitte des Flusses werden sie ins kalte Wasser gestossen, «Yalla-Yalla!», schreit man sie an: Na los, jetzt macht schon!

Europas toter Winkel

Dreiländereck beim Grenzfluss Evros



wo man sich um die Flüchtlinge kümmert, «ich sehe die Spuren der Gewalt jeden Tag, Schusswunden, Vergewaltigungen», sagt sie und schüttelt verzweifelt den Kopf.

Karim Jalal, der stille Mann aus Marokko, hatte wenig Glück. Nachdem ihn die griechischen Beamten blutig geschlagen und ins Boot gesetzt hatten, wurde er auf der anderen Seite auch von türkischen Grenzvätern aufgegriffen, die mit Gewehrkolben auf ihn einschlugen und ihn zum Fluss brachten. Ein Pingpong-Spiel mit Menschen. Auf einer Sandbank im Niemandsland zwischen den Kontinenten setzten sie ihn aus.

Jalal überlebte. Ein Syrer namens Alaa Bakri aus dem Osten Aleppos hingegen, der wie Jalal auf einer dieser Inseln inmitten des Flusses strandete, starb.

Anhand von Sprachnachrichten, die er Tage vor seinem Tod verschickte, Aussagen seiner Schmuggler, die ihn über die Grenze loteten, und Gesprächen mit Alaas Bruder lässt sich seine Geschichte rekonstruieren.

Als der Krieg in Syrien begann, floh Alaa Bakri nach Beirut, wo er als Kellner arbeitete. Ende August 2021, Libanon war längst knietief in eine Wirtschaftskrise gerutscht, reiste er weiter in die Türkei, hoch nach Edirne, überquerte die Grenze, wo er sich gesundheitlich immer schlechter fühlte. Er schickte seinem Bruder ein Foto aus den Wäldern Griechenlands, die Gruppe, mit der er unterwegs war, hatte ihn bereits zurückgelassen, weil er kaum noch laufen konnte. Alaa befand sich 70 Kilometer von der türkischen Grenze entfernt, als ihn eine weitere Gruppe fand, die ihn auf dem Rücken drei Stunden zur Hauptstrasse trug und ihn im Schatten eines grossen Baumes hinlegte. Auch davon gibt es Bilder.

Die Grenzschützer, die ihn unter den Bäumen fanden, brachten Bakri nicht in ein Spital, um abzuklären, ob er womöglich an Covid-19 erkrankt war, sondern in eine Zelle. Gemeinsam mit anderen Flüchtlingen wurde er ohne Verfahren zurück in die Türkei geschoben und auf einer Insel im Evros ausgesetzt, wo er in den frühen Morgenstunden des 2. Septembers verstarb. Alaa Bakri, 20 Jahre alt, floh vor russischen Bomben in Ost-Aleppo, so wie zurzeit Millionen von Ukrainerinnen, und starb auf einer Sandbank, weil sich Beamte dazu entschlossen hatten, ihm nicht zu helfen. Auch das ist Europa.

Zwei Monate nach seinem Tod, es ist Mitte November, kniet die Österreicherin Natalie Gruber neben seinem frischen Grab auf dem Aci-Çeşme-Friedhof in Edirne, Grenzstadt am Evros, und schreibt seinen Namen mit einem Filzstift auf eine Holztafel. Er liegt zwischen den vielen namenlosen Toten, die in all den Jahren im Fluss gefunden wurden. Gruber ist die Gründerin von Josoor, einer der wenigen humanitären Organisationen, welche die Menschenrechtsverletzungen an der Landgrenze im Norden der Türkei dokumentieren.

Sie hat mit ihrem Team 22 Dörfer entlang der Grenze abgeklappert und mit türkischen Anwohnern gesprochen, die das Ausmass der Pushbacks jeden Morgen von ihrem Küchenfenster aus beobachten: Halbnackte Menschen humpeln über ihre Felder, Strassen und Plätze und bitten die Imame der lokalen Moscheen um Kleidung und Essen. Gemäss Grubers Befragung werden im Winter jeden Monat bis zu 17 000 Menschen aus Griechenland in die Türkei zurückgeschoben, «im Sommer sind es doppelt bis dreimal so viele».

Die Landgrenze über den Evros sei grausamer als die übers Meer, sagt Gruber. «Und sie ist tödlicher.»

Frontex schaut weg

Der Druck auf Frontex, endlich etwas gegen die Gewalt und die Pushbacks zu unternehmen, steigt. Als Reaktion hat die Grenzschutzorganisation zwei Massnahmen ergriffen: Erstens wurde ein Gremium von Grundrechtsexperten ins Leben gerufen. Zweitens wurde das Instrument der «Serious Incident Reports» (SIR) geschaffen – ein Berichtswesen über schwere Zwischenfälle im Einsatzgebiet.

Einige dieser Berichte hat die Plattform «FragDenStaat» für die «NZZ am Sonntag» gestützt auf europäisches Öffentlichkeitsrecht eingefordert. Vergleicht man sie mit den Augenzeugeninterviews aus demselben Zeit-

Fortsetzung Seite 22

Nicht ...

Fortsetzung von Seite 21

«Es ist unmöglich, die Grenzen zu kontrollieren, wie Frontex das tut, und nichts von Pushbacks zu wissen.»

raum, kommt man zum Ergebnis: Keiner der von Flüchtlingen beschriebenen Grundrechtsverletzungen wurde von Frontex erfasst.

Hingegen ist bei Frontex von Leichenfunden die Rede, von Schüssen auf türkischer Seite. Ebenfalls als schwerer Zwischenfall vermeldet wurden Ereignisse wie Autounfälle, der Verlust einer Dienstwaffe oder die Blinddarmerkrankung eines Grenzwachters, was zwei Schlüsse nahelegt: Frontex-Beamte sind tatsächlich nie involviert oder nie in der Nähe, wenn Flüchtlinge unter Anwendung von Gewalt zurück in die Türkei geschafft werden.

Oder aber Frontex schaut weg.

Zu diesen Vorwürfen hat Exekutivdirektor Fabrice Leggeri darauf hingewiesen, dass Frontex nur zur Grenzsicherung beitrage, in erster Linie aber die Griechen selbst die Verantwortung über die Kontrollen hätten. «Als Grenzschutzbehörde sind wir verpflichtet, die Grund- und Menschenrechte zu achten. Und das tun wir.»

Diese Meinung aber teilt der Schweizer Nationalrat Pierre-Alain Fridez (SP) nicht, der für den Europarat Pushbacks an der EU-Aussengrenze untersucht. Er war zwar nicht in der Evros-Region, dafür aber auf Lesbos, in Bosnien und an der Grenze zwischen Polen und Weissrussland.

Für Fridez gibt es keinen Zweifel: Pushbacks passieren täglich, und Frontex weiss Bescheid. «Es ist unmöglich, die Grenzen zu kontrollieren, wie Frontex das tut, und nicht zu sehen, was vor sich geht. Auch die Schweizer Frontex-Mitarbeiter sind fatalerweise über die Lage in Kenntnis.»

Wer aber die Augen vor der Realität verschliesse, «der macht sich zum Komplizen der Gewalt», sagt Fridez. «Tatsache ist: Die meisten Länder sind froh, dass Europa zur Festung wurde, und sie nehmen die Gewalt an den Grenzen in Kauf.»

Nichts zu essen und zu trinken

So wie jeden Tag beginnt Karim Jalal seinen Erkundungsgang durch Edirne auch an diesem März morgen bei der alten Brücke. Er hat sich nach seinem letzten Versuch geschworen, die Grenze nie mehr zu überqueren. Den Traum von einem Leben in Europa hat er längst begraben, aber er kommt von diesem Fluss nicht los, als sei er ihm etwas schuldig. «Ich bin im Evros beinahe gestorben. Ich will den Menschen helfen, denen das gleiche passierte wie mir.»

Jalal arbeitet für Natalie Grubers Organisation Josoor, er schaut in kleinen kurdischen Cafés vorbei, sucht in den Seitengassen der Altstadt nach Flüchtenden, die frisch von der Grenze kommen und nicht wissen, was nun mit ihnen geschehen soll.

Für Mütter und deren Kinder organisiert er Wohnungen, für die Verwundeten ruft er Ärzte und für die, die gar nichts mehr haben, sammelt er Decken und Kleider, Brot und Zigaretten.

Vor allem aber hört er ihnen zu, hört ihre Geschichten, die alle mit dem Traum beginnen, irgendwo in Europa zu leben, und die mit Schlägen und Schädelbrüchen an der Grenze enden.

Er wolle im August heiraten, sagt Jalal. Noch ein paar Monate, dann ziehe er sich zurück, ein einfaches Leben in seinem Dorf in Marokko, sagt er, ein paar Kinder wären schön. «Vielleicht wird sich die Lage beruhigen. Vielleicht wird es mich hier gar nicht mehr brauchen», sagt Jalal und raucht vor sich hin. Er weiss, dass das nicht stimmt.

Ein paar Tage später erhält er einen Hilferuf auf sein Handy, 34 Menschen, darunter eine schwangere Frau und sechs Kinder, seien auf einer Insel im Fluss ausgesetzt worden.

Auf beiden Uferseiten, der griechischen wie türkischen, stünden Soldaten und Militärfahrzeuge. Sie hätten alle informiert, schreiben sie, das Rote Kreuz, Frontex, Drohnen schwirren in der Luft. «Alle wissen Bescheid, aber niemand tut etwas.»

Die europäische Migrationstragödie in einem Satz.

«Wir haben seit Tagen nichts mehr gegessen und getrunken», fügen sie an.

Karim Jalal macht sich auf den Weg.

Mitarbeit: Vera Deleja-Hotko, Lina Issa. In der Online-Version dieses Artikels finden Sie zusätzliche Videos und Fotos.

HRISTO RUSEV / NURPHOTO / GETTY



Grenzzäune, Drohnen, Hunde: Der Schutz der EU-Aussengrenze wurde stark ausgebaut. Ein deutscher Grenzschützer unterwegs für Frontex in Bulgarien.

«Schweizer Hunde greifen keine Migrantinnen an»

Jürg Noth



Der ehemalige Chef des Schweizerischen Grenzschutzkorps ist einer der wenigen direkt involvierten, die öffentlich zu den Pushbacks Stellung nehmen. Im Sommer 2021 wurde Noth pensioniert. Seine Karriere startete er bei der Berner Kantonalpolizei.

NZZ am Sonntag: Die Schweiz stimmt Mitte Mai über eine massive Erhöhung des Frontex-Beitrags ab. Von 24 auf 61 Millionen. Wozu braucht es einen weiteren Ausbau von Frontex?

Jürg Noth: Frontex nimmt eine sehr wichtige Funktion ein in der europäischen Sicherheits- und Migrationspolitik. Man sieht anhand der Flüchtlingskrise seit dem Arabischen Frühling, wie wichtig der Aussengrenzschutz ist und wie sehr er gestärkt werden muss. Wir haben im Schengenraum 42 000 Kilometer Seegrenze und 7700 Kilometer Landgrenze - mehr als einmal rund um die Welt. Die Schweiz ist im Herzen dieses Schengenraums und abhängig von der Sicherheit der Aussengrenze.

Wo geht das ganze Geld hin?

Die Schweiz soll 16 Mitarbeiter für Einsätze von je zwei Jahren stellen, dazu kommen 59 Leute für Einsätze von jeweils vier Monaten. Das kostet Geld. Hinzu kommen Beitragszahlungen für Verwaltung und Führung in Warschau sowie für Ausrüstungen: Frontex will Schiffe und Helikopter anschaffen - auch Drohnen werden ein Thema sein. Zudem soll das Informationssystem Eurosur ausgebaut werden.

Was, wenn sich Schweizer Bürger und Bürgerinnen gegen die Aufstockung entscheiden?

Dann verlieren wir vielleicht den Zugang zu Schengen und fallen ins polizeiliche Mittelalter zurück.

Was heisst das?

Wir verlieren die Vorteile von Schengen wie zum Beispiel den Anschluss an das Informationssystem. Auch die Verbrechensbekämpfung muss zwingend grenzüberschreitend erfolgen.

Mal konkret: Welche Arbeiten verrichten Schweizer im Einsatz für Frontex?

Wir entsenden nur handverlesene Spezialisten, die etwa die Echtheit von Dokumenten prüfen, die Flüchtlinge nach Fluchtrouten befragen, um Schleppern auf die Schliche zu kommen. Wir schicken auch Hundeführer - aber nicht mit Schutzhunden, das möchte ich hier betonen, sondern mit Sprengstoff- oder Drogensuchhunden.

Es gibt Migranten, die erzählen, von Hunden attackiert worden zu sein.

Diesen Vorwurf kann ich nicht beurteilen. Ich kann aber sagen: Schweizer Hunde greifen keine Migrantinnen an.

Werden Schweizer Grenzschützer nicht für die Bewachung an Grenzzäunen eingesetzt?

Nein, aber wir bestreiten sogenannte

Frontline-Einsätze, dazu gehören Überwachungsaufträge an der grünen Grenze oder Einsätze am Flughafen.

Wie sieht die Zusammenarbeit zwischen lokalen Grenzschützern und Frontex-Beamten aus? Wie sehr ist man im Bild, was an den Grenzen geschieht?

Man tauscht sich aus, es gibt Inspektionen und Rapporte. Und am Abend trinkt man vielleicht auch mal ein Bier.

Gibt es unter Grenzschützern so etwas wie einen Code of Silence: Man verpfeift seine Kollegen nicht, auch wenn sie sich nicht gesetzeskonform verhalten?

Nein, es gibt keinen Code of Silence. Die Grenzschützer Europas rekrutieren sich aus 400 Millionen Einwohnern verschiedenster Kulturen. Manche sind besser ausgebildet, manche schlechter ausgerüstet. Es gibt keine europaweite Solidarität, nur weil man denselben Beruf hat.

Seit ein paar Jahren kritisieren humanitäre Organisationen die systematischen Pushbacks an den Grenzen. Die kollektive Rückschaffung, oft gekoppelt mit roher Gewalt, werde geduldet und gefördert, heisst es.

Das kann ich nicht bestätigen.

Es gibt Hunderte von Fotos und Videos von Pushbacks in ganz Europa. Und trotzdem will niemand etwas wissen?

Schauen Sie, ich schliesse Pushbacks nicht aus. Aber wenn so etwas passiert - und das ist jetzt reine Mutmassung - dann will man als lokale Grenzschutz sicher keine fremden Zeugen dabei haben.

Glauben Sie, dass es diese Pushbacks gibt?

Ich schliesse es nicht aus.

Glauben Sie, dass Gewalt im Spiel ist?

Will ein Flüchtling unbedingt weiterkommen, wird er sich behördlichen Anordnungen widersetzen. Dann kann es zur Anwendung von behördlichem Zwang kommen.



Die Situation in Griechenland war in der Vergangenheit überfordernd, die Flüchtlingsmassen nur schwer zu kontrollieren.

Was weiss Frontex über die Gewalt an Grenzen, und was wird dagegen unternommen?

Frontex kann rapportieren und Anträge stellen. Jetzt müssen die neuen Grundrechtsbeauftragten endlich Wirkung zeigen. Ich verurteile Pushbacks in aller Form. Die Schweiz hat schon beim früheren Chef von Frontex insistiert, die Wahrung der Grundrechte zu gewährleisten. Im März 2021 hat mein Nachfolger, Christian Bock, den derzeitigen Chef von Frontex, Fabrice Leggeri, dazu gedrängt, die Gerüchte und Vorwürfe rund um Pushbacks abzuklären.

Haben Schweizer Frontex-Mitarbeiter Ihnen gegenüber je von Pushbacks berichtet?

Nein. Und unsere Leute sind geschult und verpflichtet, Meldung zu erstatten, sollten sie Widerrechtliches gesehen haben.

Erklären Sie, wie es sein kann, dass Grenzschützer derart gewalttätig werden können.

Ich möchte eines klarstellen: Wir sprechen jetzt hier nicht von Frontex, sondern lokalen Corps. Die Situationen in Spanien, Griechenland, aber auch in den Balkanländern waren in der Vergangenheit überfordernd, die Flüchtlingsmassen nur schwer zu kontrollieren. Dass es in solchen Situationen zu Handlungen kommen kann, die nicht rechtskonform sind, kann ich nachvollziehen. Ich habe aber kein Verständnis dafür.

Sie sprechen von überforderten Menschen. Müsste man es nicht systematische Gewalt nennen?

Ich glaube nicht an ein Gewaltssystem an den Grenzen.

In gewissen Regionen ist von Schlägertrupps die Rede. Wir haben die Verletzungen mit eigenen Augen gesehen.

Das kann ich nicht beurteilen. Aber das Geld spielt sicher eine Rolle: Wenn Sie als Staat schlecht ausgerüstete Leute in Extremsituationen arbeiten lassen, die weder genügend ausgebildet sind noch anständig verdienen, dann kommt das selten gut.

Werden Staaten an der Aussengrenze genug unterstützt bei der Bewältigung «der Massen», wie Sie sagen?

Die Italiener haben sich bei mir beschwert, dass man sie weitgehend im Stich gelassen hat. Dasselbe hört man von den Griechen. Auf diesen Vorwurf will man nun mit der neuen Frontex-Vorlage reagieren. Brüssel müsste zudem einen Verteilschlüssel vorgeben, um hier einen fairen Ausgleich zu schaffen, aber da passiert nichts. Und da verstehe ich, dass die Staaten an der Schengen-Aussengrenze frustriert sind.